

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/49

Bonn, den 12. März 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Stimme der Vernunft</u>	22

Dänische Widerstandskämpfer warnen vor Haß gegen Deutschland

1	<u>Soldaten als Gewerkschaftler ?</u>	23
---	---------------------------------------	----

Gewandeltes Verhältnis zur Bundeswehr

2	<u>Abtragung einer Dankesschuld</u>	54
---	-------------------------------------	----

Theodor-Heuss-Lehrstuhl in New York errichtet

Von Dr. Michael Fülgraff

3	<u>Keiner hatte Einwände ...</u>	56
---	----------------------------------	----

Zum Münchner Schwestern-Prozess

4 - 5	<u>Gefahrvolle Lethargie der Bundesregierung</u>	86
-------	--	----

Die Automation und ihre Folgen

Von Ing. W. K. Sterling, Hildesheim

* * *

Stimme der Vernunft

Dänische Widerstandskämpfer warnen vor Haß gegen Deutschland

sp - Ohne Zweifel hat die große Bundestagsdebatte über die Verjährungsfrist von Mordverbrechen des Hitler-Regimes einen starken Eindruck auch jenseits der deutschen Grenzen hervorgerufen. Lindegaard Olsen, Generalsekretär der größten dänischen Widerstandsbeziehung, VETERANEN DES FREIHEITSKAMPFES, hat seine Mitbürger im Zusammenhang mit hier und dort laut gewordenen Protesten gegen die in der zweiten Märzhälfte vorgesehene NATO-Übung mit Teilnahme einer deutschen Pionierkompanie dringend davor gewarnt, Kollektivverurteilungen gegenüber dem demokratischen Deutschland nachzugeben. Olsen tat dies in Anlehnung des Wortes von Fritz Erler in der Bundestagsdebatte "Wer Haß zu säen unternimmt gegen das deutsche Volk, der verfällt damit einem umgekehrten Rassismus. Der bereitet damit den Lehren Hitlers einen später nachträglichen Triumph." Zu seinen Landsleuten gewandt erklärte Olsen:

- * "Wir haben im Gegenteil die Pflicht, die demokratischen Kräfte
- * te in Westdeutschland zu stützen, und das tut man nicht, da-
- * durch, daß man immer wieder seinen Haß gegen die Nazis hervor-
- * kehrt. Die demokratischen Kräfte wurden schon einmal in
- * Deutschland isoliert, und das Ergebnis war, daß Hitler leicht-
- * tes Spiel hatte. So dumm dürfen wir nicht noch einmal sein."

Das ist die Stimme der Vernunft, die Stimme eines Dänen, der selbst unendlich viel unter den Schergen Hitlers erdulden mußte. Diesem Mann Dank sagen, ist uns ein tiefes Bedürfnis.

+ + +

Soldaten als Gewerkschaftler

Gewandeltes Verhältnis zur Bundeswehr

sp - Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), mit 900 000 Mitgliedern die zweitgrößte Gewerkschaft des DGB, hat sich neben ihren vielfältigen Aufgaben einem neuen bisher ungewohnten Tätigkeitsfeld zugewandt, das Beachtung verdient. Sie will Mittler zwischen Bundeswehr und Gesellschaft sein, will Barrieren und Vorurteile mit abbauen helfen, die vielfach noch bestehen. Dieser begrüßenswerte Beschluß erfolgte vor dem Hintergrund tragischer geschichtlicher Erfahrungen. Die Weimarer Republik ging unter anderem auch daran zugrunde, weil Reichswehr und Arbeitnehmerschaft nicht ein richtiges Verhältnis zueinander fanden, ja, im schroffen Gegensatz zueinander standen. Das hinterließ folgenschwere Ressentiments; sie wirkten bei der Entstehung der Bundeswehr nach. Das hat sich heute glücklicherweise zum Vorteil b e i d e r Seiten gewandelt. Begegnungen zwischen Bundeswehr und Gewerkschaften gehören nicht mehr zu den Seltenheiten; man tauscht gegenseitige Sorgen und Befürchtungen aus und findet Verständnis füreinander. Eine Kluft, die zum Verhängnis geworden war, hat sich geschlossen. Soldaten und organisierte Arbeitnehmer stehen unter dem gemeinsamen Dach eines übergeordneten Ganzen, sie betrachten sich nicht mehr als Fremdkörper. Die sozialen Belange der Bundeswehr finden bei den Gewerkschaften viel Verständnis und die Bereitschaft zur Abhilfe, wo es nötig erscheint. Der Heye-Bericht zeigte hier manche Übelstände auf. Das gewandelte Verhältnis der Gewerkschaften zu den Soldaten ist ein Gewinn für die deutsche Demokratie und Gewähr dafür, daß sich Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen werden.

+ + +

- 2 -

Abtragung einer Dankesschuld

Theodor Heuss-Lehrstuhl in New York errichtet

Von Dr. Michael Fulgraff

Als in diesen Tagen an der New School for Social Research in New York ein Lehrstuhl errichtet wurde, der den Namen von Theodor Heuss tragen wird, war dies in mehrfacher Hinsicht ein bemerkenswertes Ereignis. Es war das erste Mal, daß eine deutsche Stiftung, die Volkswagenstiftung in Hannover, einen Lehrstuhl an einer amerikanischen Universität finanzierte. Die VW-Stiftung stellte für die nächsten fünf Jahre 360 000 DM bereit, damit jeweils für ein Jahr ein hervorragender deutscher Wissenschaftler in New York in Politik, Zeitgeschichte oder Soziologie lehren kann.

Amerikanische Stiftungen unterstützen und betrauen schon seit langem wissenschaftliche Projekte in aller Welt ohne Rücksicht auf Landesgrenzen. Man denke dabei nur an den Aufbau der Freien Universität Berlin, der niemals ohne die Mittel der amerikanischen Fordstiftung möglich gewesen wäre. Wenn nun erstmals private Einrichtungen der Bundesrepublik in diese internationale Zusammenarbeit der Wissenschaft miteinstimmen, so ist damit ein Wendepunkt markiert, der in erster Linie der VW-Stiftung, daneben aber wohl auch der Fürsprache von Bundespräsident Lübke und Wissenschaftsminister Lenz zu verdanken ist.

Es wird dennoch Stimmen geben in Deutschland, die auf unseren eigenen Bildungsnotstand hinweisen, auf unsere überfüllten Universitäten, die erforderlichen Neugründungen und die fehlenden Mittel. War es, werden sie fragen, notwendig, einen Lehrstuhl in Amerika zu finanzieren, der uns selbst so dringend fehlt. Die Antwort muß eindeutig JA sein. Mit diesem Lehrstuhl kann ohnehin nur ein Bruchteil jener Dankesschuld abgetragen werden, die Deutschland und die deutschen Hochschulen im besonderen der New School in New York, schulden. Die New School wurde 1919 gegründet und war bis 1933 mit Erwachsenenbildung befaßt. Damals aber wurde aus ihr durch die Initiative und Tatkraft ihres Gründers Alwin Johnson die "Universität im Exil", an der die vertriebenen und geflohenen deutschen Professoren, die das Naziregime aus den Hochschulen gewiesen hatte, einen neuen Arbeitsplatz und ein Katheder fanden. Diese New School University im Exile war zweifellos ein Ruhmesblatt der amerikanischen Wissenschaftsgeschichte. Vielen hervorragenden Männern aus Deutschland und auch aus Italien wurde dort großzügig geholfen. Die einmal etablierte Hochschule blieb dann auch nach dem Kriege bestehen, wengleich sie ihren Exilcharakter verlor. Sie besitzt drei Fakultäten für Philosophie, Psychologie und Sozialwissenschaften. Zu der letztgenannten gehören die Abteilungen für Wirtschaftswissenschaften, Politik und Soziologie; an dieser Fakultät wurde der Theodor Heuss-Lehrstuhl eingerichtet.

Auf dem Empfang, der aus diesem Anlaß stattfand, und auf dem neben dem Dekan und dem Präsidenten der Hochschule auch der deutsche Botschafter in Washington, Heinrich Knapstein, und Dr. Ernst Ludwig Heuss, der Sohn des früheren Bundespräsidenten sprachen, kam mehrfach zum Ausdruck, daß dieser Lehrstuhl keinen besseren Namen tragen könnte. Theodor Heuss, selbst von den Nationalsozialisten aus der Universität getrieben, ja, sogar mit Schreibverbot belegt, fühlte sich der New School außerordentlich verbunden. Als ihn sein Staatsbesuch 1957 nach New York führte, verbrachte er einen ganzen Nachmittag dort im Gespräch mit alten Freunden aus der Vorkriegszeit und stattete seinen Dank an Alwin Johnson ab. 1958 erhielt er die Ehrendoktorwürde dieser Universität. Er, der stets auf eine gegenseitige Befruchtung der europäischen und der amerikanischen Wissenschaft hoffte, hätte zweifellos diesen Lehrstuhl begrüßt. Andererseits ist es eine ihm angemessene Ehrung seines Namens und seines Andenkens, diesen ersten deutschen Lehrstuhl in Amerika nach ihm zu benennen.

Keiner hatte Einwände ...

Zum Münchner Schwestern-Prozess

sp - Bei dem Prozesse gegen 14 ehemalige Schwestern der Heil- und Pflegeanstalt Obrawalde (bei Mesritz in Brandenburg), der nun im Münchner Schwurgerichtssaal zuende gegangen ist, herrschte Unbehagen. Die Tatsache, daß die Schwestern, die zur Pflege verpflichtet waren, in Obrawalde Geisteskranke töteten, kann nicht entschuldigt werden. Vor dem Hintergrund der großen Schreibtischtäter, die die Massenverbrechen in jenen Jahren steuerten, ist die Schuld der Schwestern aber relativ gering.

Man kann sich den Argumenten der Verteidigung nicht verschliessen, die beantragte, die hohen Juristen als Zeugen vorzuladen, die im Dritten Reich die verbrecherische Irrentötung der Nationalsozialisten mitgemacht haben. Man kann sich darüber hinaus nur wundern, daß bis heute noch nichts über ein Ermittlungsverfahren gegen diese Juristen bekannt geworden ist. Denn schon seit dem fehlgeschlagenen Heyde-Sawade-Prozeß in Frankfurt am Main sind die Tatbestände, die auf diese Männer zielen, bekannt. Es ist durch diesen Pressedienst mehrfach darauf hingewiesen worden. Einige Dinge müssen jetzt angesichts des Münchner Prozesses hinzugefügt werden.

Am 23. und 24. April 1941 fand im Reichsjustizministerium in Berlin eine "Euthanasie-Tagung" statt. Sie wurde von dem damals amtierenden Reichsjustizminister, dem heute in Flensburg lebenden Staatssekretär Professor Franz Schlegelberger geleitet. Schlegelberger sagte den versammelten deutschen Spitzenjuristen: "Durch Sie, meine Herren, hindurch, oder noch besser: aus Ihnen heraus muß diese Erkenntnis der Einordnungsnötigkeit zielbewußt und unnachsichtig hinausgehen in alle Zweige Ihrer Gefolgschaft."

Dies war nichts anderes als die Aufforderung zur Anzeige-Unterdrückung von Anstaltstötungen. Vorher hatten nämlich der Oberdienstleiter in Hitlers Kanzlei, Brack, und der Professor Heyde, der sich seinen irdischen Richtern durch Selbstmord entzog, im Einzelnen über den Ablauf einer Aktion berichtet, die dann zur Ermordung von 100 000 "unnützen Essern" führte. Wie das dann unter in den Heilanstalten geschehen ist, wurde im Münchner Gerichtssaal ausgesagt.

Das alles wurde aber auch nur deshalb möglich, weil keiner der hohen Juristen, wie die vorliegenden Protokolle ausweisen, Einspruch gegen die Euthanasie-Aktion erhob. Sie wurden damals sogar zur Diskussion aufgefordert. Aber keiner hatte Einwände. Es handelte sich um den Präsidenten des Reichsgerichts, Erwin Bumke, mehrere Staatssekretäre, die Präsidenten der höchsten Gerichte, die Oberreichsanwälte, darunter der in Lübeck lebende berühmte Oberreichsanwalt Lautz, Ministerialdirektoren, Ministerialdirigenten und alle Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte des "Großdeutschen Reiches." Gegen keinen dieser Männer hat bislang ein Staatsanwalt in der Bundesrepublik Deutschland ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Es ist bekannt, daß neben den hohen Beamten von damals noch Schlegelberger, Lautz und je fünf Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte am Leben sind. Sie beziehen monatlich von unserem demokratischen Staat Pensionen zwischen 2 000 und 4 000 DM. Es erhebt sich die Frage, ob die zentrale Ermittlungsstelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg ausdrücklich angewiesen worden ist, in diesem Bereich nicht zu ermitteln. Es wird höchste Zeit, daß die deutsche Öffentlichkeit nur einmal erfährt, ob gegen diese Männer vorgegangen werden soll oder ob sie straffrei ausgehen dürfen.

Gefährvolle Lethargie der Bundesregierung

Die Automation und ihre Folgen

Von Ing. W. K. Sterling, Hildesheim

Die Tatsache, daß in den letzten Jahren durch die Automatisierung in der deutschen Industrie über 300 000 Arbeitsplätze frei wurden, sich dieses aber nicht in Form von Arbeitslosigkeit auswirkte, führte leider innerhalb der Bundesregierung zu falschen und gefährlichen Trugschlüssen gegenüber den Automatisierungsentwicklungen. Das führte vor allem auf Regierungsebene zu der Ansicht, mit der Automation sei keine Arbeitslosigkeit verbunden.

Wenn wir bisher nur die positive Seite der Automatisierung erlobten, dann einfach nur deshalb, weil in der Vergangenheit durch das Wachstum der Wirtschaft ein gewisser Auffangetat gegenüber freien Arbeitsstellen vorhanden war. In dem Augenblick aber, wo dieses wirtschaftliche Wachstum nicht mehr ausreicht, die durch den technischen Fortschritt freigesetzten Arbeitskräfte in anderen Industriezweigen unterzubringen, wird es zweifelsohne zur Arbeitslosigkeit und damit zu einem Problem der Automation überhaupt kommen. Lassen wir uns nicht täuschen, wenn sich gegenwärtig der Automatisierungsprozeß bei uns noch geräuschlos vollzieht. Die Entwicklung des technischen Fortschritts wird sich aber unaufhaltsam fortsetzen und uns in Zukunft vor sehr große Aufgaben stellen, und es scheint sehr zweifelhaft, ob dann diese Aufgaben sowohl technisch, ökonomisch wie auch sozialpolitisch gelöst werden können. Bei der derzeitigen Einstellung der Bundesregierung erscheint das mehr als fraglich, wenn auf Regierungsebene die Zusammenhänge und Auswirkungen der Automation nicht erkannt und man auf die kommenden Aufgaben überhaupt nicht vorbereitet ist.

Tiefgreifende Veränderungen in den USA

Halten wir uns nur in diesem Zusammenhang vor Augen, wie tiefgreifend z.B. die durch die Automatisierung hervorgerufenen Veränderungen in der amerikanischen Wirtschaft in den letzten Jahren waren. Infolge der plötzlichen Umgestaltung der Produktionsprozesse und der ungenügenden Vorbereitung der Regierung der USA gegenüber dieser Entwicklung war die Folge eine erhebliche Arbeitslosenziffer von nicht weniger als 5,5 Prozent, wobei die verschiedenen Auswirkungen solcher Zahlen weder wirtschaftlich noch politisch erläutert werden brauchen, denn diese Daten sprechen für sich. Wenn wir daher in der Bundesrepublik nicht eines Tages vor die gleiche Situation gestellt werden wollen, dann ist es höchste Zeit zu erkennen, diesen Tendenzen durch weitsichtige Vorausschau und zweckvolles Handeln auf Regierungsebene zu begegnen.

Die Gefahr der negativen Auswirkungen des technischen Fortschritts ist bei uns ebenso wie auch in anderen Industrieländern vorhanden; nur mit dem Unterschied, daß man sich dort dessen bewußt ist, bzw. wird und man wenigstens versucht, durch geeignete

Maßnahmen dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Vor allem wurde dort erkannt, daß solche Aufgaben keineswegs allein von den Politikern gelöst werden können und man daher für die Lösung der einzelnen Aufgaben Wirtschafts-, Automatisierungs- und Organisationsfachleute herangezogen hat. In der Bundesrepublik dagegen haben wir nicht einmal ein Ressort, welches sich mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Belangen des technischen Fortschritts befaßt. Dabei könnte eine solche Regierungsstelle oder etwa ein entsprechendes Gremium von Fachleuten der Regierung - wenn auch nur als wissenschaftlicher Beirat gedacht - stets eine objektive und vollkommene Unterrichtung über die gegenwärtigen und für die Zukunft unbedingt notwendigen Erfordernisse geben. Als Entscheidungshilfe, z.B. bei weittragenden Maßnahmen, könnte so sehr wertvolle Arbeit geleistet werden. Denken wir nur an den durch die Automatisierung bedingten Umschichtungsprozeß für die Arbeitnehmer, wonach die Zahl der Industriearbeiter ständig abnimmt, dagegen die Zahl der Angestellten ständig steigt.

Wenn auch solche Vergleiche und Zahlenwerte bei einer Globalbetrachtung relativ sind, so drücken sie doch auch hier die Verschiebung des Verhältnisses zwischen manueller und geistiger Arbeit und damit der heutigen Anforderungen an den schaffenden Menschen aus, was sich zwangsläufig im ungenügenden Bildungswesen der Gegenwart widerspiegelt.

Mahnungen blieben ohne Erfolg

Die Aufgaben, Zusammenhänge und Auswirkungen des technischen Fortschritts, insbesondere der Automation, sind so mannigfaltig, daß nur mit Weitblick an die verschiedenen detaillierten Fragen herangegangen werden kann. Die Bundesregierung muß aber erst einmal die grundsätzliche Bedeutung dieser Problematik erkennen, um dann den sozialen Gesichtspunkten Rechnung tragen zu können. Bisher wird dieses nicht begachtet und man ist sich über die negativen Folgeerscheinungen für die nahe Zukunft nicht im klaren. Die Bundesregierung trägt aber ein hohes Maß an Verantwortung in dieser Hinsicht und kann hiervon auch nicht entbunden werden. Was heute versäumt wird, das kann sich schon morgen negativ bemerkbar machen und zur wirtschaftlichen Katastrophe führen.

Es ist nur zu hoffen, daß nicht nur Industrie und Wirtschaft, sondern auch die Bundesregierung die Notwendigkeit der technischen Evolution endlich erkennt und mit einer positiven Einstellung zum realen Fortschritt an die Lösung der Aufgaben herangeht. Namhafte Fachleute und Wissenschaftler haben wiederholt auf diese Erfordernisse mit Nachdruck hingewiesen, bisher leider ohne Erfolg. Wird die Lethargie jetzt ein Ende finden und Weitsicht und Handeln die Zukunft bestimmen?